



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2009

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2009 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 12. November 2008

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	5
Departement des Innern	11
Justiz- und Polizeidepartement	15
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	18
Finanzdepartement	22
Volkswirtschaftsdepartement.....	25
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	31

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern,
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2009 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2009 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2010 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2009

Bundeskanzlei

Ziel 1: Optimale Erfüllung der Stabsaufgaben

- ▶ Die Qualität der Produkte und der bestehenden Instrumente sowie deren laufende Anpassung an sich verändernde Anforderungen sind gesichert.
- ▶ Ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Bundeskanzlei (mit den Bereichen Personensicherheit, Infrastrukturen/Anlagen, Daten- und Informationsschutz, Informatik- und Datensicherheit, Risikomanagement) ist erstellt und umgesetzt.

Ziel 2: Wichtige Fortschritte auf dem Weg zu E-Government

- ▶ Die laufenden Versuche für Vote électronique sind in kontrollierter Weise weiter ausgebaut.
- ▶ Die Kantone sind bei der Harmonisierung der Stimmrechtsregister für Vote électronique aktiv unterstützt worden.
- ▶ Ein einheitliches Inventar und eine Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen (Bestandteile der E-Government-Strategie Schweiz) sind definiert.
- ▶ Die finanziellen, konzeptionellen, personellen und methodischen Fragen für das Vorgehen beim Projekt «GEVER Bund» sind geklärt und durch die zuständigen Entscheidungsinstanzen beschlossen.
- ▶ Die Schnittstellen zwischen den Projekten «GEVER BK» und «Überdepartementale Prozesse» (GEVER X), bzw. «GEVER Bund», sind geklärt und in den Detailkonzepten abgebildet.
- ▶ Die Realisierung des Projektes «Erneuerung Anwendung KAV» ist abgeschlossen.

Ziel 3: Unterstützung des Krisenmanagements und der Krisenkommunikation von Bund und Kantonen

- ▶ Die Informationszentrale Bund (Infopool) ist ganz oder teilweise zum Einsatz gelangt und die entsprechende Vereinbarung mit den Departementen ist rechtzeitig vor Beginn der strategischen Führungsübung 2009 (SFU 2009) aktualisiert.
- ▶ Das Konzept für die Auswertung der SFU 2009 liegt rechtzeitig vor.
- ▶ Die SFU 2009 ist durchgeführt.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Konsolidierung der Beziehungen mit der EU

- ▶ Der Entscheid zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist der EU vom Bundesrat notifiziert.*
- ▶ Das Protokoll 2 betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat ratifiziert.*
- ▶ Die Botschaft zum Rahmenkredit betreffend den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zugunsten von Bulgarien und Rumänien ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Abkommens über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind fortgesetzt und gegebenenfalls abgeschlossen.
- ▶ Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind aufgenommen.
- ▶ Entwürfe für Verhandlungsmandate in den Bereichen Galileo, Emissionshandel, technische Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur und Erleichterung der Beteiligung an Friedensförderungsmissionen der EU sind dem Bundesrat zum Entscheid unterbreitet.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Abkommen im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend sind abgeschlossen.*
- ▶ Bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.*
- ▶ Der Schengen-Besitzstand ist vollständig umgesetzt, auch an den Flughäfen.*
- ▶ Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA (EU-Filmförderungsprogramm) sind abgeschlossen; die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die exploratorischen Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) sind abgeschlossen; ein Bericht ist dem Bundesrat unterbreitet.*

Ziel 2: Engagement der Schweiz zugunsten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition vom 30. Mai 2008 verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission SR «Das humanitäre Völkerrecht und die heutigen bewaffneten Konflikte» ist durch den Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht in Erfüllung des Postulats Gutzwiller, 07.3459, oder allenfalls eine Botschaft über eine mögliche Anpassung des geltenden Rechts im Bereich der Rechtshilfe an «Failing States», ist verabschiedet.
- ▶ Die Vorbereitungen für den im November 2009 beginnenden Vorsitz der Schweiz im Ministerkomitee des Europarates werden inner- und ausserhalb der Bundesverwaltung vom EDA geführt und koordiniert.

Ziel 3: Friedensförderung und Konfliktprävention

- ▶ Der Bundesrat hat den Jahresbericht über die Verwendung des Rahmenkredits 2008–2011 und die Fortschritte im Bereich der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Strategie zum Schutz der Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten wurde umgesetzt.
- ▶ Die Schweiz nahm mit hochrangigen Vertretern am zweiten Jahresforum der Allianz der Zivilisationen (Istanbul, 2. – 3. April 2009) teil. Aufgrund ihrer Erfahrung im Bereich Religionen, Politik und Konflikte konnte sie dabei ihr internationales Profil mit ihrem Fachwissen und konkreten gezielten Beiträgen stärken.
- ▶ Die Schweiz verpflichtete sich gemeinsam mit anderen Staaten zur Umsetzung der Agenda für Menschenrechte (Agenda for Human Dignity and Rights). Diese Initiative wurde im Dezember 2008 in Genf zur Erinnerung an den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von der Schweiz lanciert. Die Agenda beinhaltet sieben Themen im Menschenrechtsbereich, die von der internationalen Gemeinschaft prioritär behandelt werden sollten.

Ziel 4: Förderung der Effizienz und der Transparenz innerhalb des Systems der Vereinten Nationen

- ▶ Die Schweiz hat zur Konsolidierung der Instrumente des Menschenrechtsrates sowie zur Stärkung der Position des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte beigetragen.
- ▶ Die Schweiz hat konstruktive Beiträge im Rahmen der Reform des Sicherheitsrats geleistet, insbesondere zu dessen Arbeitsmethoden.
- ▶ Die Schweiz hat sich für die Stärkung der Managementkapazitäten und für die Verbesserung der Gouvernanz der Vereinten Nationen eingesetzt.

Ziel 5: Konsolidierung der Rolle der Schweiz als Gaststaat

- ▶ Der Bundesrat hat die zweite der drei Botschaften zur Durchführung des Immobilienprojekts am WTO-Hauptsitz in Genf als «Site unique» verabschiedet.*
- ▶ Die Empfehlungen des Bundesrates im Anschluss an die Diskussion des Aussprachepapiers «Gaststaatspolitik der Schweiz: Aktueller Stand und Perspektiven» sind umgesetzt.
- ▶ Die Verordnung über die privaten Hausangestellten (provisorischer Titel) in Anwendung des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007 ist verabschiedet.

Ziel 6: Stärkung der Präsenz der Schweiz in der UNO und in den internationalen Organisationen

- ▶ Für die Sicherstellung der Schweizer Vertretung in den Leitungsorganen der UNO und der internationalen Organisationen wird das Informatikinstrument (ELECTIONS) weiterentwickelt.
- ▶ Die Prüfung und der Entscheid zur Ausweitung des Kandidaturen- und Informatikinstrumentes mit einer ergänzenden Applikation für die Präsenzförderung in den Sekretariaten und Vollzugsorganen der internationalen Organisationen liegt vor.

Ziel 7: Stärkung des bilateralen Beziehungsnetzes

- ▶ Die Absichtserklärungen (MoU) zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen mit verschiedenen Partnerländern sind umgesetzt.

Ziel 8: Unterstützung der Armutsminderungsstrategien in Schwerpunktländern

- ▶ Die Konzentration auf 12 Schwerpunktländer und -regionen ist schrittweise umgesetzt.
- ▶ Die Unterstützung der nationalen Armutsminderungsstrategien und die schrittweise Konzentration auf 3 Themen pro Schwerpunktland ist vorangetrieben.
- ▶ In 5 Schwerpunktländern (Bhutan, Ecuador, Indien, Pakistan, Peru) sind Ausstiegsszenarien ausgearbeitet.

Ziel 9: Unterstützung ausgewählter Länder/Regionen mit fragiler Staatlichkeit, Konflikten und Sicherheitsrisiken

- ▶ Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit zur Risikobearbeitung ist mit den Instrumenten der humanitären Hilfe und der Friedensförderung komplementär gestaltet.
- ▶ Ein adäquater Mitteleinsatz für zeitlich befristete Programme in Regionen (Grosse Seen, Südliches Afrika) und in Ländern (Afghanistan, Mongolei, Kuba, Palästina) ist geleistet.
- ▶ Das Ausstiegsszenario für das Sonderprogramm in Nordkorea ist ausgearbeitet.

Ziel 10: Beitrag der Schweiz zur Mitgestaltung einer entwicklungsfördernden Globalisierung

- ▶ Die Konzeption und Umsetzungsschritte von 3 globalen Programmen (Ernährungssicherheit, Klimawandel, Migration) sind erfolgt.
- ▶ Die Dreieckszusammenarbeit (Schweiz – fortgeschrittenes Partnerland – ärmstes / armes Schwerpunktland) ist vorangetrieben.
- ▶ Die regionalen Institutionen und ihre Rolle bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung und Integration sind verstärkt.
- ▶ Die Schweizer Expertise aus Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor im Rahmen von Multi-Stakeholder Partnerschaften ist vermehrt genutzt.

Ziel 11: Koordination der Entwicklungspolitik in der Bundesverwaltung

- ▶ Die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung durch die Neugestaltung des IKEZ (Interdepartementales Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit) und die Sicherstellung der Komplementarität der verschiedenen Aufgabenbereiche ist verbessert.*
- ▶ Der Bericht zu den Resultaten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ist veröffentlicht.*

Ziel 12: Reorganisation des Departementes

- ▶ Die ergebnisorientierte Steuerung ist an der Zentrale und bei den Auslandsvertretungen weiter vorangetrieben.
- ▶ Die bedingt durch die laufende Reorganisation erforderlichen Änderungen der Organisationsverordnung vom 29. März 2000 (OV-EDA) sind erarbeitet und die Verordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die institutionellen Änderungen für die in der Botschaft zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vorgesehenen Anforderungen sind umgesetzt.

Ziel 13: Institutionelle Anpassungen an Anforderungen der neuen Südbotschaft und Reorganisation der DEZA; Koordination der Entwicklungspolitik in der Bundesverwaltung

- ▶ Die Organisation und Arbeitsweise der DEZA ist transparent (klares Reporting der Aktivitäten und Resultate) und das Management der neu gestalteten Bereiche resultatorientiert.
- ▶ Die Abstimmung der bilateralen, multilateralen und thematischen Aktivitäten ist verbessert.
- ▶ Die Komplementarität in der Zusammenarbeit DEZA – Seco, basierend auf dem gemeinsamen Verständnis der einheitlichen Entwicklungspolitik des Bundes, ist sichergestellt.
- ▶ Die Phase 2 (Zentrale – Kooperationsbüros) der Reorganisation ist lanciert.
- ▶ Die Leistungsvereinbarungen DEZA – EDA GS und DEZA – DRA sind umgesetzt.

Departement des Innern

Ziel 1: Hochschul- und Forschungsförderung

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Forschungsgesetzes ist durchgeführt und der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Botschaft zur nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und -vernetzung ist verabschiedet.*

Ziel 2: Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum

- ▶ Die Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU bis 2013 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz am Bau der Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (European XFEL GmbH) ist verabschiedet.

Ziel 3: Schweizerische Wissenschaftspolitik

- ▶ Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe EDI/EVD/EDA über die Ausgestaltung der bilateralen Wissenschaftspolitik der Schweiz mit den Prioritätsländern im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation ist verabschiedet und die Schwerpunkte und Prioritäten der Tätigkeiten dieser Departemente sind festgelegt.

Ziel 4: Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer UID

- ▶ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf zur Einführung einer einheitlichen Unternehmensidentifikationsnummer sind verabschiedet.*

Ziel 5: Sozialwerke sanieren und sichern

- ▶ Die Botschaft zu einem ersten Massnahmepaket zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6a), welche die langfristige finanzielle Sanierung und Stabilisierung der IV zum Gegenstand hat, ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Invalidenversicherungsgesetzes, welche mittels der Einführung eines Assistenzbeitrages die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung von Menschen mit einer Behinderung fördert, ist verabschiedet.*
- ▶ Sämtliche Vorbereitungen sind getroffen, damit ein separater IV-Fonds ab 1. Januar 2010 operationell tätig werden kann.

Ziel 6: Jugend- und Familienpolitik

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Familienzulagengesetzes, mit der die gesetzliche Grundlage für die Errichtung eines nationalen zentralen Familienzulagenregisters geschaffen wird, ist verabschiedet.*
- ▶ Eine Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Jugendförderungsgesetzes mit Fokus auf die Ausweitung der Jugendförderung auf die offene Jugendarbeit und der gesetzlichen Verankerung der finanziellen Unterstützung der eidgenössischen Jugendsession ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zu möglichen Massnahmen gegen die Jugendgewalt (in Erfüllung des Po. Leuthard 03.3298, des Po. Amherd 06.3646 und des Po. Galladé 07.3665) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG), welche den gleichnamigen Verfassungsartikel 118a BV konkretisiert, ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Vernehmlassungsergebnisse über die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes zur Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 8: Gesundheitskosten eindämmen – Gesundheit fördern

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Psychologieberufe (PsyG) ist verabschiedet.*
- ▶ Das EDI bereitet zusammen mit dem EVD eine Aussprache des Bundesrates zur Klärung der Ausarbeitung eines Gesundheitsberufegesetzes vor. Die Aussprache soll zeitgleich mit der Verabschiedung der Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) stattfinden.

Ziel 9: Neue Vorlagen im Bereich der Krankenversicherungen

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung ist verabschiedet.*
- ▶ Begleitung der Umsetzung der Revision der Spitalfinanzierung. Im Hinblick auf die vorgesehene Einführung der leistungsbezogenen Pauschalen hat der Bundesrat über das erste Genehmigungsgesuch für die nach Artikel 49 Absatz 1 KVG erforderlichen gesamtschweizerischen Tarifstrukturen entschieden.
- ▶ Das Departement hat über das weitere Vorgehen betreffend die Qualitätssicherung nach Krankenversicherungsgesetz entschieden.

Ziel 10: Klärungen des Umfangs der Anpassungen an das EG-Chemikalienrecht

- ▶ Am 1. Juni 2007 ist in der EU eine neue Verordnung zur Registrierung, Evaluation, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (REACH) in Kraft getreten. Die Ergebnisse der exploratorischen Gespräche mit der EU im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Chemikalienagentur liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen hinsichtlich einer allfällig notwendigen Anpassung des Schweizerischen Chemikalienrechts entschieden.*
- ▶ Die Anmeldestelle Chemikalien hat bis Mitte 2009 einen Helpdesk eingerichtet, um der Schweizerischen Wirtschaft die nötigen Auskünfte über die komplexe Materie des neuen EG-Chemikalienrechts erteilen zu können.

Ziel 11: Revision des Lebensmittelgesetzes

- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Lebensmittelgesetzes ist eröffnet.*

Ziel 12: Corporate Governance MeteoSchweiz

- ▶ Auf der Grundlage der Empfehlungen der Evaluation von MeteoSchweiz durch die Eidgenössische Finanzkontrolle von Juli 2008 und den entsprechenden Folgerungen des Bundesrates werden erste Massnahmen eingeleitet. Dabei sollen insbesondere Steuerungs- und Finanzierungsfragen sowie allenfalls Anpassungen von Rechtsgrundlagen überprüft werden.

Ziel 13: Aktionsplan für den standardisierten Umgang mit elektronischen Daten und Dokumenten in der Bundesverwaltung

- ▶ Das Anforderungsmanagement an die GEVER-Standardprodukte ist organisiert.
- ▶ Die technischen Voraussetzungen für die Archivierung elektronischer Dossiers aus GEVER-Systemen und relationaler Datenbanken (Digitales Archiv) sind vorhanden.

Ziel 14: Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt

- ▶ Die Verordnung zum Sprachengesetz ist verabschiedet.

Ziel 15: Umsetzung des Übereinkommens der UNESCO zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes

- ▶ Der von Bund und Kantonen gemeinsam verantwortete Prozess der Inventarisierung des immateriellen Kulturerbes in der Schweiz ist lanciert.

Ziel 16: Kommentierung des Gleichstellungsgesetzes für die juristische Praxis

- ▶ Die aktualisierte und erweiterte Fassung des deutschsprachigen Kommentars zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann ist veröffentlicht.

Ziel 17: Information über das UNO-Frauenübereinkommen CEDAW

- ▶ Der dritte nationale Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Übereinkommens wurde vor dem zuständigen UNO-Ausschuss präsentiert.

Ziel 18: Verabschiedung von Grundlagenberichten

- ▶ Der Bericht über die gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut (in Erfüllung der Motion 06.3001 der SGK-N) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium (in Erfüllung des Postulates Fehr 06.3321) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten (in Erfüllung des Postulates David 05.3595) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Schlussbericht Strategisches Controlling BFT 2004-2007 (in Erfüllung des Postulats Bruderer 05.3399) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zum Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik (in Erfüllung der Postulate Fetz 05.3508, Hochreutener 07.3538, Recordon 07.3747 und Widmer 07.3810) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die missbräuchliche Abrechnung von geleisteten Zivildiensttagen in der Erwerbsersatzordnung (in Erfüllung des Postulates 07.3778 der Finanzkommission NR) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Einführung einer Belastungsanalyse chemischer Stoffklassen (in Erfüllung des Postulats Moser 08.3223) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Evaluation und Reformvorschläge zur Taggeldversicherung bei Krankheit» in Erfüllung des Postulats 04.3000 der SGK-N vom 16. Januar 2004 in der ersten Jahreshälfte verabschiedet.*

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Gewährleistung der Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Die Vernehmlassung zur Harmonisierung der Strafrahmen im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches und eines Teils des Nebenstrafrechts ist durchgeführt.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer neuen Polizeigesetzgebung des Bundes ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die neue Strategie für die internationale Polizeikooperation für die Jahre ab 2010 verabschiedet.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Konvention des Europarats gegen Menschenhandel und zur gesetzlichen Regelung des ausserprozessualen Zeugenschutzes ist eröffnet.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Ratifizierung der Cybercrime-Konvention des Europarates ist durchgeführt.*
- ▶ Die Botschaft zum Zusammenarbeitsvertrag mit Eurojust ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zu einer Gesetzesrevision betreffend Festlegung des Verhältnisses zwischen Auslieferungs- und Asylverfahren ist verabschiedet.*

Ziel 2: Erfolgreiche Umsetzung von Schengen/Dublin

- ▶ Die Botschaft zum Aussengrenzenfonds ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Anpassung des Waffenrechts ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Visa-Informationssystem (VIS) ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Botschaft zur Übernahme der Biometrie im Ausländerausweis ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Botschaft zur Übernahme der Rückführungsrichtlinie ist verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz ist für die Migration von SISone4ALL auf SIS II bereit.
- ▶ Die Einführung von Schengen/Dublin an den Flughäfen ist erfolgreich umgesetzt.
- ▶ Die aufgrund der Inkraftsetzung von Schengen/Dublin notwendige Übergangslösung für Liechtenstein ist erfolgreich umgesetzt.
- ▶ Die Teilprojekte des Departements zu Schengen/Dublin sind erfolgreich umgesetzt.
- ▶ Die seit der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen vom 26. Oktober 2004 der Schweiz mitgeteilten Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstandes sind vom Bundesrat genehmigt und notifiziert.

Ziel 3: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

- ▶ Bei zustimmendem Volksentscheid zur Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens hat der Bundesrat der EU die Ratifizierung notifiziert.*
- ▶ Die für das Inkrafttreten der Weiterführung und der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU notwendigen Vollzugsmassnahmen sind vom Bundesrat beschlossen.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben sowie des Bundesgesetzes zum Schutz öffentlicher Wappen und anderer öffentlicher Zeichen ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum gesetzlichen Schutz für Hinweisgeber von Korruption (in Erfüllung der Mo. Gysin 03.3212) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht betreffend Erleichterung der erbrechtlichen Übertragung von Unternehmen (in Erfüllung des Po. Brändli 06.3402) ist verabschiedet.*

Ziel 4: Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

- ▶ Die Botschaft zum gemeinsamen Sorgerecht ist verabschiedet und das Vernehmlassungsergebnis vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Revision der Pflegekinderverordnung ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über Massnahmen gegen Zwangsheiraten Kenntnis genommen (in Erfüllung der Mo. Heberlein 06.3658).
- ▶ Die Botschaft zu einer Revision des Asyl- und Ausländergesetzes mit Schwergewicht im Bereich des Asylverfahrens ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Umsetzung und zu den Wirkungen der 2007 verabschiedeten Integrationsmassnahmen ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Der Bericht zu der als Prüfungsauftrag überwiesenen Motion Schiesser (06.3445) «Integration als gesellschaftliche und staatliche Kernaufgabe» ist verabschiedet.*
- ▶ Eine Strategie Integration auf Bundesebene für die Jahre 2009-2014 ist erarbeitet.
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes ist eröffnet.
- ▶ Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» ist verabschiedet.*

Ziel 5: Erfolgreiche Umsetzung des Transfers des zivilen Inland-Nachrichtendienstes

- ▶ Der Transfer des zivilen Inland-Nachrichtendienstes aus dem EJPD ist erfolgt und hinsichtlich Prozessen und Recht sowie Führung, Organisation und Betriebskultur des Polizeiamtes des Bundes konsolidiert. Die Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten im VBS funktioniert.

Ziel 6: Weiterentwicklung der Rechtsordnung prüfen

- ▶ **Der Bericht zur Stärkung der präventiven Verfassungskontrolle (in Erfüllung des Po. Pfisterer 07.3360) ist verabschiedet.***
- ▶ **Der Bericht zum Verhältnis Völkerrecht/Landesrecht (in Erfüllung des Po. der Rechtskommission Ständerat 07.3764) ist verabschiedet.***

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Integration Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) ins VBS

- ▶ Die nachrichtendienstlichen Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) sind in das VBS integriert und vollumfänglich operativ; das VBS hat die grundlegenden Entscheide betreffend Strukturen, Organisation, Führung und Kontrolle der beiden Nachrichtendienste im VBS (In-/Ausland-ND) getroffen.
- ▶ Die finanzielle Überführung der Teile des DAP vom EJPD (fedpol) in das VBS (GS VBS) ist sichergestellt.

Ziel 2: Nachbereitung der Verwaltungsreform

- ▶ Durch die bedürfnisgerechte Begleitung der entsprechenden Linienverantwortlichen wird die Umsetzung der übrigen Projekte aus der Verwaltungsreform unterstützt.
- ▶ Die Projektorganisation QSP 8 hat regulär funktioniert und die Integration weiterer Bibliotheken ist erreicht.

Ziel 3: Akzeptanz für Beschaffungsvorhaben Tiger-Teilersatz

- ▶ Das kommunikative Vorgehen im Zusammenhang mit dem Tiger-Teilersatz ist durch die Kommunikation VBS zentral ab Stufe GS VBS geführt, gesteuert und koordiniert.
- ▶ Koordinierte Kommunikationsleistungen haben zu einer politisch mehrheitlich positiven Haltung gegenüber der Beschaffung eines Tiger-Teilersatzes beigetragen.

Ziel 4: Verbesserung der Sicherheit bei Ordonnanzwaffen

- ▶ Die Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit Ordonnanzwaffen sind verabschiedet.*

Ziel 5: IKT Projekt- und Anwendungsportfolio Management VBS

- ▶ Ein zentrales IKT Projekt- und Portfoliomanagement als IKT Steuerungsinstrument ist aufgebaut.

Ziel 6: Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und Einsätze der Armee

- ▶ Der überarbeitete Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz ist vom Bundesrat genehmigt und dem Parlament überwiesen worden.*
- ▶ Der Tiger-Teilersatz ist - nach Abschluss der Evaluation und eines Typenentscheids durch den Bundesrat auf Vorschlag des Chefs VBS - im Entwurf für das Rüstungsprogramm 2010 enthalten.*
- ▶ In Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Bundesstellen ist die Koordination im Bereich Sicherheitspolitik sichergestellt.
- ▶ Die Botschaft über den subsidiären Einsatz der Armee zur Unterstützung des World Economic Forum (WEF) für die Jahre 2010 - 2012 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Unterstützungsmöglichkeiten des VBS im Bereich Sicherheitssektorreform auf internationaler Ebene sind definiert.

Ziel 7: Rüstungskontrolle- und Abrüstungspolitik

- ▶ Die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik trägt den globalen Herausforderungen Rechnung und ist kohärent mit den sicherheits- und militärpolitischen Interessen des VBS.

Ziel 8: Umsetzung der Optimierungsmassnahmen im Verteidigungsbereich

- ▶ Die Gesamtsteuerung und das Wirkungscontrolling sind gemäss Auftrag der Armeeführung umgesetzt.
- ▶ Die Optimierungsmassnahmen sind gemäss den getroffenen Entscheiden umgesetzt.
- ▶ Die Leistungserbringung ist mit den vorhandenen Ressourcen sichergestellt.

Ziel 9: Optimierung der Grundbereitschaft der Armee

- ▶ Die Umsetzung der von der Departementsleitung VBS beschlossenen Optimierungsmassnahmen zum Teilpaket 5 «Optimierung der Grundbereitschaft» ist planmässig erfolgt.

Ziel 10: Weiterentwicklung der Armee

- ▶ Optionen zur Weiterentwicklung der Armee sind auf Basis des neuen SiPol Berichtes vorgeschlagen.
- ▶ Die formulierten Ziele werden mittels Projektauftrag in einer Projektorganisation schrittweise gemäss Projektplanung umgesetzt.

Ziel 11: Auslagerungen und Kooperationen im Verteidigungsbereich

- ▶ Die mit der Stufe Departement abgestimmten Vorgaben des Departementbereichs Verteidigung im Rahmen der Kooperationsstrategie sind gemäss Planung umgesetzt.
- ▶ Die mit den Partnern konkretisierten Projekte innerhalb der Kooperationsfelder sind eindeutig definiert.
- ▶ Die mit der Stufe VBS abgestimmten Voraussetzungen zur Realisierung von Kooperationsprojekten sind geschaffen.

Ziel 12: Einsätze der Schweizer Armee

- ▶ Die Armee hat die erforderliche Unterstützung der zivilen Behörden insbesondere anlässlich WEF 2009, Radweltmeisterschaft 2009 und Eishockeyweltmeisterschaft 2009, geleistet.
- ▶ Die Armee hat die an sie geforderten Leistungen in den internationalen Einsätzen erbracht.
- ▶ Die Armee hat die Unterstützung der zivilen Behörden im Bereich der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten (VEMZ) geleistet.

Ziel 13: Weiterentwicklung / Reorganisation armasuisse 2010

- ▶ Die neue Aufbauorganisation armasuisse ist etabliert.
- ▶ Die armasuisse ist in ihrer neuen Organisation ab 1. Januar 2010 operativ.

Ziel 14: Neue Beschaffungsstrategie

- ▶ Die Beschaffungsstrategie und die Auswirkungen auf die Beschaffungsprozesse sind erarbeitet.
- ▶ Im Rahmen der Erarbeitung der Beschaffungsstrategie sind die Auswirkungen auf die Rüstungspolitik und Eigenerstrategie aufgezeigt.
- ▶ Die Schnittstellen Offset und Beschaffungsstrategie sind aufeinander abgestimmt.

Ziel 15: Ausführungsverordnungen zum Geoinformationsgesetz

- ▶ Die Verordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) ist in Kraft gesetzt.
- ▶ Die Verordnung des VBS über die Gebühren von swisstopo (GebV-swisstopo) einschliesslich der Revision der Verordnung über Geoinformation (GeoIV) ist in Kraft gesetzt.

Ziel 16: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz / Zivilschutz

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz ist verabschiedet.*
- ▶ Die revidierte Zivilschutzverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die revidierte Alarmierungsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 17: Weiterentwicklung Nationale Sicherheitskooperation

- ▶ Massnahmen aus dem Projekt Nationale Sicherheitskooperation sind umgesetzt.
- ▶ Grundlagen für die Risiko- und Verwundbarkeitsanalyse Schweiz (Risiken Schweiz) sind erarbeitet.
- ▶ Massnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen sind umgesetzt, der zweite Bericht ist verabschiedet.*
- ▶ Das Melde- und Lagezentrum ist operativ.

Ziel 18: Rechtsgrundlagen Sport

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport ist verabschiedet.*

Ziel 19: Weiterentwicklung der Eidg. Hochschule für Sport (EHSM)

- ▶ Das Bachelor-Studium ist etabliert.
- ▶ Das Master-Studium «Spitzensport» ist eingeführt und das Master-Studium «Bildung» evaluiert.

Ziel 20: Sportförderung

- ▶ Im Bereich von Jugend+Sport ist die Umsetzung des Programms für 5-10 Jährige eingeleitet.
- ▶ Im Bereich des Erwachsenensports ist ein Konzept zur Qualitätssicherung entwickelt.
- ▶ Im Bereich des Spitzensports sind die prioritären Sportarten mit geeigneten Dienstleistungen und F+E Produkten (Forschung und Entwicklung) unterstützt.
- ▶ Im Bereich des fairen und sicheren Sports sind die Aktivitäten der Stiftung Antidoping und des Runden Tisches begleitet.

Finanzdepartement

Ziel 1: Entlastung von Familien mit Kindern

- ▶ Die Vernehmlassung zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern ist durchgeführt und ausgewertet.*
- ▶ Die Botschaft ist verabschiedet.*

Ziel 2: Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung

- ▶ Die Vernehmlassung zur Unternehmensbesteuerung ist durchgeführt und ausgewertet.*

Ziel 3: Aufgabenüberprüfung

- ▶ Das weitere Vorgehen ist festgelegt und eine Umsetzungsplanung für die im Ergänzungsbericht zum Legislaturplan festgelegten Reformstossrichtungen ist verabschiedet.*

Ziel 4: Sanierung der Pensionskasse SBB

- ▶ Die Botschaft zur Sanierung der Pensionskasse SBB ist verabschiedet.*

Ziel 5: Verstärkung des Einlegerschutzes

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Einlegerschutzes ist verabschiedet.*

Ziel 6: Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes

- ▶ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes ist durchgeführt und ausgewertet.*

Ziel 7: Änderung des Güterverkehrsabkommens

- ▶ Die Botschaft betreffend die Änderung des Abkommens zwischen der Schweiz und der EG vom 21. November 1990 über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr ist verabschiedet.*

Ziel 8: Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision ist verabschiedet.*

Ziel 9: Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen

- ▶ Der Bundesrat hat vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen.
- ▶ Die Botschaft betreffend das Bundesgesetz über den Einkauf von Waren auf Flughäfen ist verabschiedet.

Ziel 10: Reformen im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch

- ▶ Der Bericht der Expertenkommission zur Prüfung der Revisionsbedürftigkeit der Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Börsengesetzes zu den Börsendelikten ist ausgewertet und das weitere Vorgehen beschlossen.*

Ziel 11: Bericht über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA

- ▶ Der Bericht an den Bundesrat über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA ist erstellt und das weitere Vorgehen beschlossen.*

Ziel 12: Botschaft zur Revision des Bundespersonalrechts

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundespersonalgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 13: Vernehmlassung zur Totalrevision des Alkoholgesetzes

- ▶ Der Bundesrat wird im Jahr 2009 die Vernehmlassung zur Totalrevision des Alkoholgesetzes eröffnen.*

Ziel 14: Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)»

- ▶ Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)» ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 15: Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz

- ▶ Für jedes der priorisierten Vorhaben der Strategie ist eine federführende Organisation bestimmt.

Ziel 16: Voraussetzungen für weitere Zentralisierung der IT-Leistungserbringer schaffen

- ▶ Zur Umsetzung der Motion 07.3452 «IT-Leistungserbringer zentralisieren» sind die Voraussetzungen für die weitere Zentralisierung der IT-Leistungserbringer des EFD, EDA, EJPD, EVD und VBS, im Rahmen eines Projektes «Leistungserbringung IKT Bund optimieren» geschaffen (Analyse des zentralisierbaren IKT-Portfolios, Sicherheitsanforderungen, Wirtschaftlichkeitsanalysen, Gesamtsourcing-Strategie, Vorbereitung der Leistungsbezüger und -erbringer etc.), damit die eigentliche Umsetzung der Zentralisierung 2010 bis 2012 erfolgen kann.

Ziel 17: Optimierung der IKT-Steuerung und -Führung auf Stufe Bund

- ▶ Die Motion 05.3470 «Festlegung und Durchsetzung von Normen und Standards im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien» sowie die Anliegen im Schreiben der Finanzdelegation vom 9. September 2008 (IKT-Controlling und -Reporting auf Stufe Parlament und Bundesrat durch das Informatikstrategieorgan Bund) sind umgesetzt.
- ▶ Die Umsetzung der vom Bundesrat beschlossenen Anpassungen zu Rolle, Aufgaben und Zusammensetzung der IKT-Führungsgremien und IKT-Stabsorganisationen der Bundesverwaltung ist eingeleitet.

Ziel 18: Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget 2009

- ▶ Der Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget ist verabschiedet.*

Volkswirtschaftsdepartement

Ziel 1: Revision des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU

- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kolumbien sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Kolumbien über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Peru über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrates sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und den Staaten des Golfkooperationsrates über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Algerien sowie zur Vereinbarung zwischen der Schweiz und Algerien über den Handel mit Agrarprodukten ist verabschiedet.*
- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien sowie das Abkommen über den Handel mit Agrarprodukten zwischen der Schweiz und Indien sind unterzeichnet.*
- ▶ Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien sind eröffnet.
- ▶ In der Vorbereitungen der Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Russland sowie zwischen der Schweiz und der Ukraine wurden Fortschritte erzielt.
- ▶ Eine Zusammenarbeitserklärung zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia wurde unterzeichnet und die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Freihandelsverhandlungen sind weiterverfolgt worden.
- ▶ Die Grundlagen für einen Entscheid über die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Hongkong wurden erarbeitet.

Ziel 3: Evaluation Kartellgesetz

- ▶ Die Evaluation des revidierten Kartellgesetzes ist durchgeführt.*

- Ziel 4: Umsetzung der Vollzugsverbesserungen im Rahmen der flankierenden Massnahmen**
- ▶ Die Änderungen in der Entsendeverordnung sind verabschiedet.
 - ▶ Das Informationsangebot im Internet über die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist verbessert.
- Ziel 5: Umsetzung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit**
- ▶ Der Bericht über den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit ist veröffentlicht.
 - ▶ Die Evaluation der Kampagne gegen die Schwarzarbeit ist erfolgt.
- Ziel 6: Stärkung des multilateralen Handelssystems im Rahmen der WTO im Hinblick auf den Abschluss der Doha-Runde**
- ▶ Mit bilateralen Kontakten sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung und den Abschluss der Doha-Runde ausgelotet.*
- Ziel 7: Umsetzung der neuen Orientierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit**
- ▶ Die neue Orientierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist definiert und deren Umsetzung eingeleitet.*
- Ziel 8: Umsetzung der Wachstumspolitik 2008-2011**
- ▶ Die Umsetzung der im Paket enthaltenen Massnahmen ist geprüft und in einem Zwischenbericht Ende 2009 festgehalten.
 - ▶ Der Bundesrat verfügt über Grundlagen, um zu beschliessen, ob und gegebenenfalls welche neuen Massnahmen in die Wachstumspolitik 2008-2011 aufgenommen werden sollen.

Ziel 9: Konsolidierung der Beziehungen mit der EU

- ▶ Der Entscheid zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist der EU vom Bundesrat notifiziert.*
- ▶ Das Protokoll 2 betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat ratifiziert.*
- ▶ Die Botschaft zum Rahmenkredit betreffend den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zugunsten von Bulgarien und Rumänien ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Abkommens über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (24 Stunden-Regel) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind fortgesetzt und gegebenenfalls abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind aufgenommen.
- ▶ Entwürfe für Verhandlungsmandate in den Bereichen Galileo, Emissionshandel, technische Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur und Erleichterung der Beteiligung an Friedensförderungsmissionen der EU sind dem Bundesrat zum Entscheid unterbreitet.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Abkommen im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.*
- ▶ Der Schengen-Besitzstand ist vollständig umgesetzt, auch an den Flughäfen.*
- ▶ Die Gespräche mit der EU im Bereich MEDIA (EU-Filmförderungsprogramm) sind abgeschlossen; die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die exploratorischen Gespräche mit der EU im Bereich der Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) sind abgeschlossen; ein Bericht ist dem Bundesrat unterbreitet.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich des gegenseitigen Schutzes der Ursprungsbezeichnungen (AOC/IGP) mit der EU sind so weit fortgeschritten, dass ein Konsens über einen Abkommensentwurf gefunden und Konsultationsverfahren eingeleitet wurden. Im Fall von unüberwindbaren Hindernissen ist eine alternative Strategie erarbeitet worden.

Ziel 10: Verordnung zum Gesetz über technische Handelshemmnisse

- ▶ Die Ausführungsverordnung zum sich in Revision befindenden Gesetz über technische Handelshemmnisse ist erarbeitet.

Ziel 11: Botschaft zur Änderung des Güterkontrollgesetzes

- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Güterkontrollgesetzes ist verabschiedet.*

Ziel 12: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft

- ▶ Der Bericht in Erfüllung der Motion WAK-S «Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems» ist publiziert.*
- ▶ Die Botschaft über die Festlegung der Vorbedingungen zur Finanzierung der Begleitmassnahmen, welche bei Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich und/oder eines Abkommens mit der WTO zu treffen sind, ist verabschiedet.*
- ▶ Der 10. Agrarbericht, welcher sich der Nachhaltigkeit der Landwirtschaft widmen wird, ist publiziert.
- ▶ Gestützt auf die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Begleitmassnahmen, welche bei Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich und/oder eines Abkommens mit der WTO zu treffen sind, sind in Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen die zu ergreifenden Instrumente bestimmt und die Grundlagen für deren Umsetzung und deren Finanzierung erarbeitet.*
- ▶ Der Bericht «Weiterentwicklung des Importsystems von Fleisch» als Umsetzung der Motion Büttiker 06.3735 vom 18. Dezember 2006 ist publiziert.*

Ziel 13: Schutz der natürlichen Ressourcen

- ▶ Der Bericht in Erfüllung des Postulats Stadler 08.3270 « Nahrungsmittelkrise, Rohstoff- und Ressourcenknappheit » ist veröffentlicht.*
- ▶ Der Bericht in Erfüllung des Postulats WAK-S 06.3637 « Ausgeglichene Düngerbilanz » ist veröffentlicht.

Ziel 14: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich HFKG

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich HFKG ist verabschiedet.*

Ziel 15: Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2010–2013

- ▶ Die Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2010–2013 ist verabschiedet.*

Ziel 16: Schweizerische BFI-Aussenpolitik

- ▶ Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe EDI/EVD/EDA über die Ausgestaltung der schweizerischen Aussenpolitik im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation ist verabschiedet und die Schwerpunkte und Prioritäten der Tätigkeiten dieser Departemente sind festgelegt.

Ziel 17: Weiterbildungspolitik

- ▶ Der Weiterbildungsbericht ist gutgeheissen und die Stossrichtung eines Weiterbildungsgesetzes ist festgelegt.*

Ziel 18: Revision der Verordnung über die Berufsmaturität

- ▶ Die neue Berufsmaturitätsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet. Die Übergangsbestimmungen sind festgelegt.

Ziel 19: Berufsausübung bei den Gesundheitsberufen

- ▶ Der Bundesrat hat die Stossrichtung für die künftige Regelung der Berufsausübung bei den Gesundheitsberufen festgelegt und die nötigen Aufträge erteilt.*

Ziel 20: Bericht «Wissens- und Technologietransfer verbessern»

- ▶ Der Bundesrat hat in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Loepfe (07.3832 Wissens- und Technologietransfer verbessern) eine Analyse der Rahmenbedingungen für den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie Vorschläge für eine Verbesserung, insbesondere in Bezug auf die Nutzung der Eigentumsrechte, vorgelegt.*

Ziel 21: Förderung der Tiergesundheit

- ▶ Die Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus ist erarbeitet.
- ▶ Eine Änderung des Tierseuchengesetzes zur Sicherstellung einer aktiveren und schnelleren Tierseuchenprävention (08.3012 Motion Zemp) ist initiiert.
- ▶ Die Ausrottung der BVD (Bovine Virus-Diarrhoe) ist beendet und in ein Überwachungsprogramm übergeführt.
- ▶ Die Blauzungenkrankeheit ist durch eine nationale Impfkampagne erfolgreich eingedämmt.

Ziel 22: Sicherheitspolitik umsetzen

- ▶ Die revidierten Verordnungen, welche in Folge der Revision des Zivildienstgesetzes erforderlich wurden und die Einführung der Tatbeweislösung ermöglichen, sind verabschiedet.
- ▶ Das neue Zulassungsverfahren (Tatbeweislösung) ist eingeführt.

Ziel 23: Neuorientierung der Wohnungspolitik

- ▶ Gemäss den Vorgaben der Aufgabenüberprüfung ist ein Vorschlag zur Revision des Wohnraumförderungsgesetzes WFG erarbeitet.
- ▶ Eine revidierte Verordnung zum Mietrecht liegt im Entwurf vor.

Ziel 24: Sicherstellung der langfristigen Finanzierung der Nahrungsmittelpflichtlagerhaltung

- ▶ Die Vorabklärungen über einen Systemwechsel in der Finanzierung der Nahrungsmittelpflichtlagerhaltung im Zusammenhang mit einem Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich sind getroffen.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Weiterführung der Bahnreform

- ▶ Die Vollzugserlasse zur ersten Zusatzbotschaft Bahnreform 2 (Röve) sind vom Bundesrat beschlossen.*
- ▶ Die zweite Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 2: Weiterführung der Güterverkehrspolitik

- ▶ Die Vollzugserlasse zur Güterverkehrsvorlage sind verabschiedet.*
- ▶ Der Verlagerungsbericht 2009 ist verabschiedet.*

Ziel 3: Festlegung der künftigen Schifffahrtspolitik

- ▶ Der Bericht über die künftige Schifffahrtspolitik ist verabschiedet.*

Ziel 4: Luftfahrtspolitik: Sicherstellung einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren

- ▶ Die Botschaft über die erste Teilrevision des Luftfahrtgesetzes ist vom Bundesrat genehmigt.*
- ▶ Die Ausführungsgesetzgebung zur Änderung von Artikel 86 BV (Spezialfinanzierung Luftverkehr) ist eingeleitet.
- ▶ Die Gespräche mit Deutschland betreffend Anflugverfahren Zürich sind fortgeführt.
- ▶ Der Entwurf des SIL-Objektblattes Zürich liegt vor.

Ziel 5: Stärkung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien

- ▶ Die Botschaft über die Änderung des Energiegesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Energieverordnung ist geändert.

Ziel 6: Intensivierung der Energieaussenpolitik

- ▶ Der Dialog mit Nachbarländern und der EU ist intensiviert.*

Ziel 7: Ausbau Netze, weitere Nutzung der Kernenergie und nukleare Entsorgung klären

- ▶ Die Änderung des Sachplans Übertragungsleitungen sowie der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen und der Raumplanungsverordnung sind vom Bundesrat beschlossen.*
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Kernenergiehaftpflichtverordnung ist eröffnet.

Ziel 8: Optimierung der Leistungsfähigkeit und der Nutzung der Infrastruktur

- ▶ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Engpassbeseitigung bei Nationalstrassen ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz ist abgeschlossen.*
- ▶ Die Vernehmlassung von «Via Sicura, Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr» ist abgeschlossen und ausgewertet.
- ▶ Die Konsolidierungsphase nach Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist, insbesondere im Bereich der Nationalstrassen, weitgehend abgeschlossen.
- ▶ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über das Programm Agglomerationsverkehr (Agglomerationsprogramm) ist vom Bundesrat verabschiedet. Damit wird die Mitfinanzierung von Agglomerationsprogrammen gestützt auf das Infrastrukturfondsgesetz gesichert.*

Ziel 9: Klimapolitik für die Zeit nach 2012 definieren

- ▶ Die Botschaft über den Nachfolgeerlass zum CO₂-Gesetz ist verabschiedet. Sie enthält Reduktionsziele und Massnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen.*

Ziel 10: Langfristige Finanzierung von Präventionsmassnahmen gegen Naturgefahren

- ▶ Die Botschaft zur dritten Rhônekorrektur ist verabschiedet.*
- ▶ Eine Vernehmlassungsvorlage zur Finanzierung von präventiven Massnahmen zum Schutz von Naturgefahren ist vorbereitet.*

Ziel 11: Nachhaltige Entwicklung der Raumplanung

- ▶ Das Raumkonzept ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum revidierten Raumplanungsgesetz als Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative ist vom Bundesrat gutgeheissen.*

Ziel 12: Botschaft zur Totalrevision der Postgesetzgebung

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Postgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.*

